

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(18. Sitzung am 17. Oktober 2018)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. a) **Angemessene Unterstützung der Betreuungsvereine für eine gute rechtliche Betreuung**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/846](#)
- b) **Die Finanzierung der Betreuungsvereine nachhaltig sichern - Drittelfinanzierung aufgeben**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1395](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Antragsberatung ab.

Der Ausschuss hob seine in der 11. Sitzung am 15. August 2018 gefasste Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag in einer anderweitig geänderten Fassung anzunehmen, die auf einem Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP (Vorlage 1) basiert.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Das Ausschussmitglied der Fraktion der Grünen kündigte daraufhin an, dass seine Fraktion ihren Antrag zurückziehen werde.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1369](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sie ohne Votum ab.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1705](#)

Der Ausschuss beschloss, zu dem Gesetzentwurf schriftliche Stellungnahmen des Rechtsanwaltsversorgungswerks, der Rechtsanwaltskammern Braunschweig, Celle und Oldenburg sowie des Anwalt- und Notarverbandes einzuholen. Der Ausschuss bat die Landesregierung, den Gesetzentwurf in einer der nächsten Sitzungen zu erläutern. Daran soll sich die Gesetzesberatung anschließen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (Abl. L 327 vom 2. Dezember 2016, S. 1-15) - RL (EU) 2016/2102**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1055](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung (Vorlage 15) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: FDP, AfD

5. **Verfassungsgerichtliches Verfahren**
Organstreitverfahren der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag gegen den Niedersächsischen Landtag wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte gemäß Art. 54 Nr. 1 NV („Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“) - StGH 1/18

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, beim Staatsgerichtshof die Zurückweisung des Antrages der AfD-Fraktion zu beantragen und zur Begründung einen Schriftsatz beizufügen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes und weiterer Vorschriften**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/908](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung (Vorlage 23) anzunehmen.

7. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1269](#) neu

Der Ausschuss führte die **Einzelberatung** zum **Einzelplan 11** - Justizministerium - und zum **Einzelplan 12** - Staatsgerichtshof - sowie zu den Teilen des **Einzelplanes 20** - Hochbauten - durch, die sich auf den Geschäftsbereich des Justizministeriums beziehen.

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2018 - 2022**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/1480](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab.

c) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1537](#)

hierzu: Eingabe 00151/01/18

Der Ausschuss begann mit der Mitberatung. Er bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen mündlich zu Artikel 2 des Gesetzentwurfes Stellung zu nehmen.

8. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)

b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

c) **Informationsverbot abschaffen - § 219 a StGB streichen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1785](#)

Auf Antrag der CDU-Fraktion setzte der Ausschuss diesen Punkt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD von der Tagesordnung ab.

9. **Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/151](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm einen Sachstandsbericht des Justizministeriums entgegen. Er bat das Ministerium, den Ausschuss über den Fortgang der Dinge mündlich zu unterrichten, insbesondere sobald ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vorliegt.

Vertraulicher Sitzungsteil

10. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Verschiffung des Tierarzneimittels „Beuthanasia-D“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.